

Antrag an den LPT am 29.04.2023

Zum LaVo-Beschluss vom 28.02.2023: „Erklärung zum Demowochenende in Berlin“

Antragsteller: KV Bottrop, KV Gelsenkirchen, KV Recklinghausen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand hat per Umlaufbeschluss am 28.02.2023 eine „Erklärung zum Demowochenende in Berlin“ veröffentlicht.

Darin heißt es u.a.: „Was wir aber nicht hinnehmen ist, dass Mitglieder unserer Partei auf einer Kundgebung gemeinsam mit Rechtsextremist*innen, Antisemit*innen und Holocaust-Leugner*innen demonstrieren. Damit wird der antifaschistische Gründungskonsens unserer Partei infragegestellt ...“

Mit dieser Erklärung hat der Landesvorstand zur Verschärfung der zunehmenden Spaltungstendenzen in unserer ohnehin kriselnden Partei beigetragen und die Teilnehmer:innen aus der NRW-LINKEN an dieser Kundgebung de facto als „Kollaborateure von Faschisten“ bezeichnet.

Der Landesvorstand hat anschließend die Erklärungen mehrerer Kreisverbände, in denen unabhängig voneinander die Aufhebung dieses Landesvorstands-Beschlusses oder zumindest die Streichung der oben zitierten Passage gefordert wurde, weitestgehend ignoriert.

Lediglich im Rahmen einer parteiinternen Friedensdiskussion eher nebenbei zu erklären, die Teilnehmer:innen aus der NRW-LINKEN an dieser Kundgebung seien doch eigentlich gar nicht gemeint gewesen, ist völlig unzureichend.

Der Landesparteitag missbilligt diese Erklärung des Landesvorstands und fordert den Landesvorstand auf,

- seinen Beschluss vom 28.02.2023 aufzuheben bzw. zumindest die oben zitierte Passage explizit zu streichen,
- diesen Missbilligungs-Beschluss des Landesparteitags in allen Kommunikationskanälen zu veröffentlichen, in denen auch die Erklärung des Landesvorstands vom 28.02.2023 veröffentlicht wurde.

Begründung:

Die Kreisverbände Bottrop, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Unna hatten kurz nach der Veröffentlichung der Erklärung des Landesvorstands vom 28.02.2023 unabhängig voneinander in Anträgen und Erklärungen den Landesvorstand aufgefordert, seine Erklärung oder zumindest dessen diffamierende Bestandteile explizit aufzuheben.

Beispielhaft für die Kreisverbandserklärungen sei hier die Erklärung des Kreisverbandes Gelsenkirchen als Begründung für diesen Missbilligungsantrag zitiert:

Stellungnahme des Kreisvorstandes Gelsenkirchen zum Beschluss des Landesvorstandes zur Berliner Demonstration

Der Kreisvorstand Gelsenkirchen der LINKEN hat nach intensiver Diskussion auf seiner Sitzung am 06.03.2023 einstimmig beschlossen: Wir wenden uns entschieden gegen die vom NRW-Landesvorstand in seinem Umlaufbeschluss „Für eine starke Friedensbewegung mit klarem Kompass“ offen formulierten Behauptungen, Mitglieder der LINKEN hätten auf der Berliner Friedensdemonstration wissentlich (oder besser: willentlich?) gemeinsam mit Rechten demonstriert und dies sei von den Veranstaltern dieser Demonstration toleriert oder gar bewusst herbeigeführt worden.

Der Beschluss, der ohne Diskussion einstimmig bei nur einer Gegenstimme gefasst wurde, ist geprägt von Herablassung und Misstrauen gegenüber der eigenen Parteibasis und von nicht durch Fakten gedeckten Unterstellungen gegenüber den Veranstaltern. Vor allem aber atmet er den Geist der unreflektierten Anpassung des eigenen Denkens an die „Erzählungen“ des bürgerlichen Gegners und seiner medialen Übermacht. Er ist eines linken Landesvorstandes unwürdig.

Für diese Einschätzung ist es unerheblich, ob man die Aktion von Wagenknecht und Schwarzer politisch und taktisch als insgesamt gelungen und richtig ansieht oder nicht. Dazu gibt es auch in unserem Kreisvorstand unterschiedliche Meinungen. So sollten etwa Kritikpunkte wie die, dass ein solcher „Alleingang“ hinter den Möglichkeiten der Friedensbewegung zurückbleibt oder dass die Abgrenzung nach Rechts stärker und offensiver hätte ausfallen müssen, durchaus ernst genommen werden und Anlass für einen kritischen, aber auch konstruktiven Dialog mit den Akteuren über die weiteren Schritte sein.

Was wir dagegen vor wie nach der Veranstaltung erlebt haben ist Vorverurteilung, Abgrenzung, Ausgrenzung und Stigmatisierung ohne Rücksicht auf die Fakten und auf die Beteiligten.

Die Präsenz rechtsradikaler Kräfte auf der Kundgebung war nach glaubwürdigen Berichten zahlreicher linker Berichterstatte sowie uns persönlich bekannter Teilnehmer*innen aus dem Ruhrgebiet auf der Kundgebung überwiegend nicht wahrnehmbar. Sie wird jedoch zum Anlass genommen für Belehrungen in Sachen Antifaschismus oder gar Drohungen („Was wir nicht hinnehmen...“) an die eigenen Mitglieder. Wohl wissend, dass niemand verhindern kann, dass sich zu solchen Veranstaltungen immer wieder auch unerwünschte Kräfte (als Trittbrettfahrer oder als Provokateure) einfinden. Dies zum Verurteilungspunkt zu machen hieße, die Definitionsmacht über linke und fortschrittliche Aktionen in die Hände rechter Kräfte sowie bürgerlicher Politiker und Medien zu legen, die dann künftig durch ihr punktuelleres Erscheinen darüber bestimmen können, ob eine Veranstaltung links ist oder nicht.

Wer zudem verkennet, dass sowohl die äußerste Rechte als auch der militaristisch aufgeheizte bürgerliche Mainstream in der gegenwärtigen zugespitzten Situation alles tun, um solche Demonstrationen und Kundgebungen durch gezielte Desinformation oder provokative Teilnahme zu diskreditieren und damit sowohl die Partei wie auch die Friedensbewegung insgesamt zu spalten, der denkt und handelt geschichtsvergessen und politisch naiv.

Vor allem aber: Wer durch eine solche eindimensionale Beurteilung der Aktion in Frage stellt, dass es spätestens jetzt eine Massenmobilisierung gegen die herrschende militaristische Besoffenheit braucht, die auch unentschiedene Menschen mitreißt, und wer es in diesem Zusammenhang als „rechtsoffen“ oder gar als Konsens mit Faschisten bezeichnet, sich weiterhin um die politisch orientierungslosen oder gar nach rechts verirrten Wähler*innen zu bemühen und sie durch konkrete Aktionsangebote nach links zu ziehen, der legt eine erschreckende Unkenntnis politischer Taktik an den Tag und hat jedes politisch-dialektische Denken verlernt oder aufgegeben.

Dies alles ist für uns deshalb schwer nachzuvollziehen, zumal es eigentlich die dringende Aufgabe unseres Bundesvorstandes gewesen wäre, für eine massenhafte Friedensinitiative zu mobilisieren oder sie gar selbst zu initiieren. Leider übt sich die Parteispitze seit längerer Zeit in erstaunlicher Zurückhaltung dabei, sich in systemrelevanten Fragen mit konsequent linken Positionen gegenüber den herrschenden Kräften zu positionieren. Anstatt im konkreten Fall diese Aktion zu stärken und durch die eigene massenhafte Präsenz deren linken Charakter unmissverständlich zu machen, wird die Friedensdemo aus parteitaktischer Überlegung oder politischer Unkenntnis bekrittelt, kleingeredet, diskreditiert und damit sowohl die eigene Handlungsunfähigkeit als auch der immer offensichtlichere Wille zur Anpassung an den politischen Mainstream übertüncht.

Der Landesvorstand NRW reiht sich mit seiner Stellungnahme in diese demobilisierende und desorientierende Anpassungspolitik nahtlos ein. Statt die eigenen Mitglieder und die Friedensinteressierten, vor allem aber die Unentschiedenen und vom offenen Wirtschaftskrieg gegen Russland sozial Betroffenen mit der Stoßrichtung zu mobilisieren: „Machen wir die Berliner und Kölner Demonstration zu linken Manifestationen gegen Krieg und gegen die Abwälzung der Kriegslasten auf die arbeitende Mehrheit“, grenzt

er Teile der eigenen Mitgliedschaft mit bislang nur von den bürgerlichen Medien und Politikern bekannten Vorverurteilungen aus – wie es scheint aus parteitaktischem Kalkül und unter offener Inkaufnahme fortgesetzten Vertrauensverlustes und einer weiteren Spaltung der Partei.

Aus all diesen Gründen ist der Beschluss unserer Ansicht nach parteischädlich. Er befördert gerade nicht das, was er in seiner Überschrift zu tun vorgibt und was unser aller Ziel sein muss: „Für eine starke Friedensbewegung mit klarem Kompass“, sondern er schwächt die Friedensbewegung und vernebelt die klare politische Orientierung. Wir fordern den Landesvorstand deshalb auf, ihn ersatzlos zurückzuziehen.